

Pressestimmen

REGIERUNGUMBILDUNG IN PARIS

THE TIMES

„Wahrheit“ Nach der Niederlage bei den Kommunalwahlen hat für Präsident Hollande die Stunde der Wahrheit geschlagen. Er könnte jetzt den Mut aufbringen, die Wirtschaft und die Gesellschaft zu modernisieren. Der Präsident hat lange gebraucht, um eine Modernisierung in Angriff zu nehmen. Jetzt muss er sich daran halten. Ansonsten dürfte Frankreich zum kranken Mann Europas werden.

■ The Times, London

LE FIGARO

„Wahl“ Wenn Hollande Frankreich wieder in Fahrt bringen will, erscheint Manuel Valls nicht als die schlechteste Wahl. Der ungestüme Innenminister hat schon bewiesen, dass er in Wirtschaftsfragen klar denkt. Valls hat sogar den sozialistischen Talisman der 35-Stunden-Woche angegriffen, einen der Hauptgründe für den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs.

■ Le Figaro, Paris

Kalenderblatt



Foto: Archiv

DAS GESCHAH AM ...

2. April

■ 1814: Der französische Senat erklärt Kaiser Napoleon I. für abgesetzt. Eine provisorische Regierung ruft den exilierten Bruder des hingerichteten Königs Ludwig XVI. als Ludwig XVIII. auf den Thron.

■ 1974: In Paris stirbt nach schwerer Krankheit, die monatelang geheim gehalten worden war, der französische Staatspräsident Georges Pompidou.

■ 1979: Mit dem Abzug der letzten britischen Marineeinheiten endet die Präsenz Großbritanniens auf der Insel Malta.

LESERBRIEFE

Leserbriefe finden Sie auf der Leserdialogseite, Seite 19, und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Die neuen Rucksackmodelle

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Manuel Valls

Hollandes letzter Trumpf

Von Heidi Riepl

Er bringt alle Qualitäten mit, die man von einem Spitzenpolitiker erwartet. Manuel Valls gilt als fleißig, ehrgeizig, wendig und intelligent. Und mehr noch: Dank seines jung-dynamischen Auftretens ist der 51-jährige Sozialist der derzeit beliebteste Politiker in Frankreich. Kein Wunder also, dass Staatspräsident François Hollande ihn nach dem Debakel bei der Kommunalwahl zum neuen Regierungschef beförderte. Der bisherige Innenminister ist Hollandes letzter Trumpf. Er soll die bisher mehr als unglückliche Präsidentschaft Hollandes retten.

Dabei zählte der im katalanischen Barcelona geborene und erst im Alter von 20 Jahren eingebürgerte Valls ursprünglich überhaupt nicht zu den Vertrauten Hollandes. Im Gegenteil: Im Herbst 2011 war er noch gegen Hollande bei den internen Primärwahlen um die sozialistische Präsidentschaftskandidatur angetreten. Valls bekam damals zwar nur sechs Prozent der Stimmen, fiel aber durch sein gewandtes Auftreten auf und wurde zu Hollandes Kommunikationschef ernannt. Heute gilt der ehrgeizige Medienprofi, der seine Politikkarriere als Bürgermeister im Pariser Vorort Évry begann, als einer der maßgeblichen Architekten von Hollandes Wahlsieg.

Als Innenminister rückte der schneidige Dunkelhaarige mit dem kantigen Gesicht dann zum großen Star der Franzosen auf: Mit seinem harten Kurs gegen illegal im Land lebende Ausländer verärgerte er zwar Grüne und Linke und auch so manche Parteifreunde. Doch seine Umfragewerte schnellten in die Höhe. Offenbar hören die Franzosen es gerne,



Der 51-jährige Politik-Liebling der Franzosen wird neuer Regierungschef.

Foto: Reuters

wenn er über Roma schimpft und Illegale rigoros abschiebt.

Für Valls ist das undankbare Amt des Regierungschefs ein doppeltes Risiko. Falls er scheitert, kann er auch seine weiteren politischen Ambitionen begraben. Denn der vierfache Vater, der in zweiter Ehe mit der bekannten Geigerin Anne Gravoine zusammenlebt, strebt nach ganz oben. Er will 2017 französischer Staatspräsident werden.

Leitartikel

Von Alexander Zens



Sehenden Auges in das Arbeitslosen-Dilemma

Jeden Monat das gleiche Dilemma: Die Zahl der Arbeitslosen in Österreich steigt massiv. Im März waren es wieder um zehn Prozent mehr Jobsuchende gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres. Es gibt zwar mittlerweile auch einige Lichtblicke (beispielsweise mehr freie Stellen). Und wir sind immer noch Arbeitsmarkt-Europameister. Dennoch dürfte die Arbeitslosigkeit frühestens 2015 wieder sinken. In diese Situation ist Österreich sehenden Auges geraten.

Der Hauptgrund für die immer höhere Arbeitslosigkeit ist das schwache Wirtschaftswachstum von weniger als zwei Prozent. Warum reicht das nicht, damit mehr Leute einen Job bekommen? Weil auch das Arbeitskräfteangebot steigt. Mehr Leute sind auf dem Arbeitsmarkt verfügbar. Die Gründe dafür sind folgende: Mehr Ältere bleiben länger in Beschäftigung, die Zuwanderung und die Erhöhung der Frauen-

Die Wirtschaft muss wachsen, die Leute brauchen gute Ausbildung

erwerbsquote. Alle drei Entwicklungen sind grundsätzlich positiv und politisch gewollt, beispielsweise um das Pensionssystem zu entlasten. Der negative Nebeneffekt ist aber die höhere Arbeitslosigkeit, die wiederum das Sozialsystem belastet.

Also ist klar: Wir brauchen mindestens zwei Prozent Wirtschaftswachstum – am besten an die drei Prozent. Österreich kann sich zwar nicht von der globalen Konjunktur abkoppeln. Es ist aber gefordert, beste Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Bevölkerung zu schaffen und klug zu investieren. Die Regierung hat zuletzt ein paar positive Signale gesetzt, diese reichen aber nicht aus.

Seit Jahren fordern Experten die Senkung der hierzulande hohen Lohnnebenkosten und die Entschärfung der kalten Steuerprogression. Kaum etwas ist geschehen. Die Progression führt bisweilen zu Aggression der Steuerzahler. Verwaltungsreform und Bürokratieabbau sind längst überfällig.

Knapp die Hälfte der Arbeitslosen hat nur einen Pflichtschulabschluss – ein Armutszeugnis für ein Land, dessen wichtigster Rohstoff die Hirnleistung seiner Einwohner ist. Die Ausbildungsgarantie soll nun kommen – aber erst 2016. Gute Bildung ist der Schlüssel. Die Schulen sollten besser mit dem Arbeitsmarkt vernetzt werden.

Es reicht nicht, den Bürgern zu sagen, dass Österreich europaweit immer noch spitze ist. Denn was haben die Arbeitslosen und schlecht Ausgebildeten davon? Es wurde schon viel Zeit vergeudet und Vertrauen verspielt, wir brauchen mehr Dynamik.

✉ a.zens@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Volksbanken-Sektor: Steuerzahler aufgepasst!

Am Freitag voriger Woche stufte die Ratingagentur Moody's die Anleihen der Volksbanken-AG (ÖVAG) herab. An Ratingabstufungen im Volksbankensektor war man in den vergangenen Jahren gewohnt, diesmal ist sie aber aus mehreren Gründen bemerkenswert.

Erstens führt die Herabstufung zum ersten Mal zu einer Unterschreitung einer für Investoren höchst relevanten Marke. Anleihen, die unter eine bestimmte Marke fallen, gehören nicht mehr in den „Investable Grade“-Bereich und gelten als spekulative Anlagen. Umgangssprachlich könnte man von der Herabstufung auf

„Ramsch“-Niveau sprechen. Institutionelle Investoren müssen Volksbanken-Anleihen verkaufen, weil deren Richtlinien Anlagen in Ramsch-Anleihen verbieten.

Zweitens könnte die Begründung für die Herabstufung letztlich die vom Steuerzahler erhoffte Wirkung des ganzen Hypo-Debakels sein: Die Ratingagentur ist der Meinung, dass die Bereitschaft der Republik Österreich gesunken ist, weiteres Geld in den Volksbankensektor zu stecken. Wenn dem so wäre, dann könnte ordnungspolitisch doch noch Hoffnung bestehen, dass die



VON TEODORO D. COCCA

Steuerzahler nicht auf immer und ewig zur Rettung strauchelnder Banken einspringen müssen.

Instinktiv werden sich die Steuerzahler allerdings beim Lesen dieser Zeilen vor allzu großer Vorfreude auf diesen ordnungspolitischen Richtungswechsel hüten, haben sie zuletzt doch schmerzhaft gelernt, sich immer auf das Schlimmste einzustellen. Fragt man sich eigentlich nur, was dieses Mal der Auslöser der nächsten „alternativen“ Rettung sein könnte. Der anstehende Bilanzcheck der Europäischen Zentralbank, der auch zu

einer strengen Prüfung der Bücher der ÖVAG führen wird, könnte für viele Überraschungen sorgen.

Die EZB wird die Bankenbilanzen durchleuchten, und das dürfte im Volksbankensektor wieder Kapitaleinschüsse nötig machen. Frisches Geld zur Verfügung zu stellen, wird den Mehrheitseignern, den im Haftungsverbund vernetzten Volksbanken, aber schwerfallen. Wer würde in diesem Fall einspringen?

Nebst der „Ideallösung“ der Vollverstaatlichung könnte der Versuch unternommen werden, über die Emission einer Anleihe zusätzliches privates Kapital aufzubringen. Das würde aufgrund

des nun sehr schlechten Ratings sehr teuer werden und wäre operativ nur durch eine weitere massive Reorganisation des gesamten Sektors verkraftbar. Letztlich ist dies aber die einzige ordnungspolitisch richtige Lösung.

Am Donnerstag werden die aktuellen Zahlen der ÖVAG publikum und womöglich eine Eigenkapitalücke offenbart. Als Steuerzahler wird ganz genau zu verfolgen sein, wie sich die Regierung zum Thema äußern wird. Eine zweite „Hypo“ kann sich das Land nicht nur finanziell nicht leisten.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Uni Linz